Wirtschaft aktuell

09 / 2005 - Aktuelle wirtschaftspolitische Analysen der IG Metall

Wirtschaft
Technologie
Umwelt
Vorstand

Neue Haushaltslöcher:
Hände weg von der Mehrwertsteuer!

Die aktuelle Steuerschätzung legt die Versäumnisse der Politik offen: die erwarteten Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sollen drastisch geringer ausfallen als erwartet. Allein bis zum Jahr 2008 werden in den Staatskassen rund 70 Milliarden Euro fehlen! Ursache ist eine verfehlte Wirtschafts- und Steuerpolitik. Es zeigt sich: Steuergeschenke an Unternehmen und Gutverdiener bringen kein Wachstum und schon gar nicht neue Arbeitsplätze! Statt dessen brauchen wir eine Wachstums- und Investitionsstrategie! An der Finanzierung müssen finanziell Leistungsfähige - Unternehmen, Besserverdiener und Vermögende - endlich wieder angemessen beteiligt werden. Eine Mehrwertsteuererhöhung lehnt die IG Metall ab.

Steuersenkungen und wirtschaftliche Stagnation untergraben die Staatsfinanzen

Die Konjunktur wurde mit der strikten Sparpolitik, die trotz der hohen Arbeitslosigkeit zu sinkenden Ausgaben geführt hatte, **belastet. Die Steuerreform**, deren letzte Stufe mit der Absenkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent in diesem Jahr in Kraft trat, **kam vor allem Unternehmen und Beziehern hoher Einkommen zugute**.

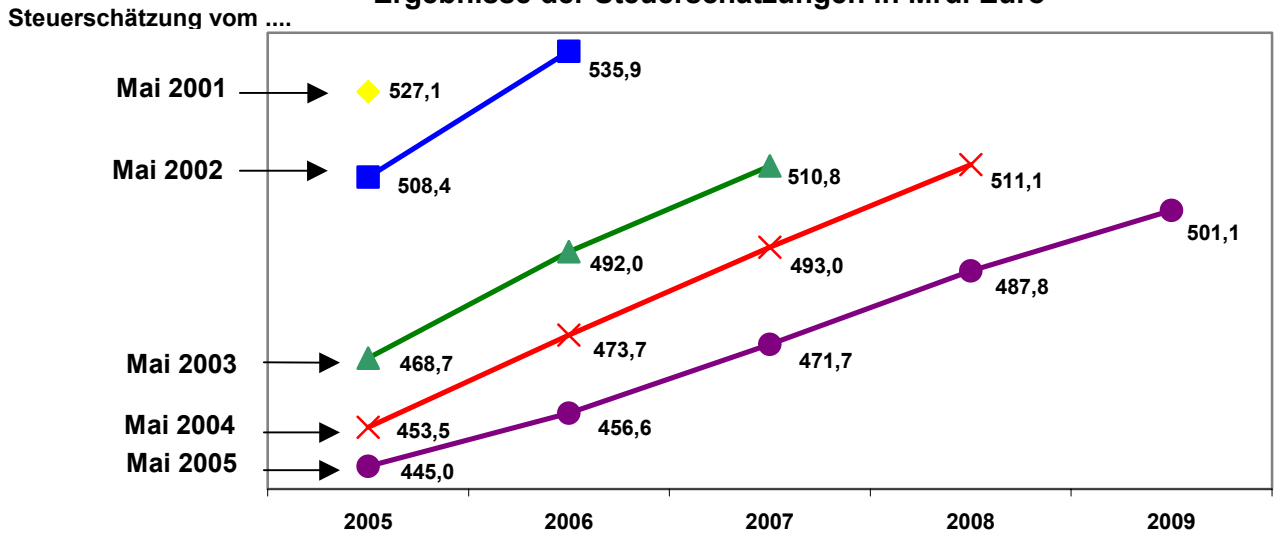
Das Steueraufkommen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ist abgestürzt. Diese **Steuerquote hat den historischen Tiefstand von 20,5 Prozent erreicht.** Dies ist im wesentlichen durch Steuergeschenke an Unternehmen verursacht worden. Sie haben Steuern gespart, aber nicht mehr investiert. **Die Wachstumsschübe sind ausgeblieben, Steuersenkungen bringen keine Arbeitsplätze!**

Die Folge: Die Steuereinnahmen gehen zurück. Seit 2001 korrigieren die jährlichen Steuerschätzungen die prognostizierten Steuereinnahmen kräftig nach unten. Als Ursachen werden gesehen:

- Beschäftigungsabbau, wachsende Verbreitung von Niedriglöhnen und schwache Lohnzuwächse lassen die Lohnsteuer zurückgehen.
- Die Körperschaftssteuer kann zwar zulegen, bleibt aber auf niedrigem Niveau.
- Die Umsatzsteuer leidet unter der Binnenmarktschwäche und der Exportorientierung (Exporte sind umsatzsteuerfrei).

Wachstumschwäche und Steuerreform belasten öffentliche Haushalte

Ergebnisse der Steuerschätzungen in Mrd. Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

Herausgeber: IG Metall Vorstand - Wirtschaft, Technologie, Umwelt - 60519 Frankfurt am Main - 19. Mai 2005
Kontakt: wi@igmetall.de - www.igmetall.de/download- Tel.: +49(69)6693-2641 - Fax: +49(69)6693-80-2641

Weitere Steuersenkungen für Unternehmen völlig unangebracht

Vor dem Hintergrund wegbrechender Staatsfinanzen und kräftig sprudelnder Gewinne - die großen DAX-30-Unternehmen haben ihre Gewinne im ersten Quartal 2005 um 17 Prozent gesteigert! - gewinnen die steuerpolitischen Beschlüsse des Job-Gipfels neue Brisanz:

- Die **weitere Senkung der Körperschaftssteuer** von derzeit 25 auf nur noch 19 Prozent wird die Finanzprobleme verschärfen. Die Vorschläge zur Gegenfinanzierung sind teilweise eine Luftbuchung.

- Die **Erbschaftssteuer für Betriebsvermögen soll weitgehend abgeschafft werden**. Obwohl Betriebsvermögen bereits heute unverhältnismäßig begünstigt sind und keine steuerbedingten Probleme bei Betriebsübergängen bekannt sind, beraubt sich der Staat ohne Not weiterer Einnahmen.

Es ist absurd: Eine Regierungspartei kritisiert die Auswüchse des Kapitalismus und die Regierung schenkt den Unternehmen Steuern - und belastet damit die öffentlichen Kassen.

Sparprogramme und Finanztricks lösen die Finanzprobleme nicht

Einsparungen in Phasen eines schwachen Wachstums hemmen die wirtschaftlichen Aktivitäten und begrenzen damit die Einnahmen. Eine stetige und verlässliche Steigerung der öffentlichen Ausgaben täten dagegen der Konjunktur gut. Sparprogramme, wie von der Opposition gefordert, machen alles noch schlimmer.

Ein Subventionsabbau, wie von Finanzminister Hans Eichel gefordert, kann nur ein Teil der Lösung sein. Der Abbau von Steuervergünstigungen und Schlupflöchern für Unternehmen wäre richtig! Statt dessen werden berechtigte Leistungen für ArbeitnehmerInnen (Steuerbefreuung von Nacht- und Feiertagszuschlägen) oder notwendige und sinnvolle Aufgaben des Staates immer wieder als Subventionen verunglimpft. **Solche Kürzungen lehnt die IG Metall ab!**

Privatisierungen und Umbuchungstricks sind ebenfalls keine Lösung. Sie entlasten nur kurzfristig die öffentlichen Haushalte, können aber mittel- bis langfristig der Gesellschaft teuer zu stehen kommen.

Das Gespenst der Mehrwertsteuererhöhung geht um

Vor lauter Hilflosigkeit wird wieder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ins Gespräch gebracht. Zwar dementiert Eichel solche Pläne, doch der Sachverständigenrat, andere Wirtschaftswissenschaftler und eine Reihe von Politikern sehen darin den Königsweg aus der Haushaltsmisere.

Die Mehrwertsteuer wird vor allem von mittleren Einkommen - also von Arbeitnehmerhaushalten - getragen. Auch Bezieher niedriger Einkommen sind davon betroffen. Sie werden allerdings geringer belastet, weil Ausgaben, die von der Mehrwertsteuer befreit sind (Miete) oder für die der halbierte Satz gilt (Grundnahrungsmittel) einen großen Anteil der Lebenshaltungskosten ausmachen. Die geringste Belastung hätten Haushalte mit einem hohen Einkommen, weil die Konsumquote mit der Höhe des Einkommens sinkt. Das wäre ungerecht. **Die IG Metall lehnt eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum Stopfen der Finanzlöcher kategorisch ab!**

Für eine andere Steuerpolitik

Die Regierung muss endlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Wäre der Anteil der Steuereinnahmen an der Wirtschaftsleistung noch so hoch wie im Jahre 2000, könnte der Staat über 65 Milliarden Euro mehr verfügen.

Die öffentliche Hand braucht wieder eine solide Finanzierung, die Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur, in Bildung und Forschung ermöglicht. Der Rückzug des Staates ist eine Fehlentwicklung, die zu Stagnation und Arbeitslosigkeit geführt hat. **Die Steuerbelastung muss zudem wieder an der Leistungsfähigkeit ausgerichtet werden**. Starke Schultern können mehr zur Finanzierung der Gesellschaft beitragen als Schwache.

Mit dem Konzept einer solidarischen Einfachsteuer werden **Steuerentlastungen für Arbeitnehmer, Abbau von Steuervergünstigungen für Unternehmen** und eine Erhöhung der Einnahmen des Staates bei einem insgesamt vereinfachten Steuerrecht erreicht.

Die solidarische Einfachsteuer als Alternative

IG Metall, ver.di, Attac und eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern fordern die Einführung der „Solidarischen Einfachsteuer“. Wichtige Elemente sind:

- Zur Vereinfachung des Steuersystem wird die Zahl der Einkommensarten von sieben auf fünf reduziert.
- Alle Einkommensarten werden prinzipiell gleich besteuert.
- Der Eingangssteuersatz liegt bei 15, der Spitzensteuersatz bei 45 Prozent. Dazwischen liegt ein linear-progressiver Tarifanstieg. Damit werden niedrige und mittlere Einkommen steuerlich entlastet.
- Steuerliche Ausnahmetatbestände für Unternehmen werden reduziert, Steuerschlupflöcher geschlossen.
- Veräußerungsgewinne werden wieder voll versteuert
- Die Vermögenssteuer wird auf einer realistischen Grundlage wieder eingesetzt, die Erbschaftssteuer wird gestärkt.
- Die Kommunalfinanzen werden mit einer Gemeindewirtschaftsteuer gestärkt

Herausgeber: IG Metall Vorstand - Wirtschaft, Technologie, Umwelt - 60519 Frankfurt am Main - 19. Mai 2005
Kontakt: wi@igmetall.de - www.igmetall.de/download- Tel.: +49(69)6693-2641 - Fax: +49(69)6693-80-2641